

10 Thesen zur Familienpolitik

von Andrea Ypsilanti

Glückliche Familien sind nicht per Gesetz zu verordnen. Aber Politik kann einen Beitrag dazu leisten, Familien ein bisschen glücklicher zu machen.

1. These: Familie ist dort, wo mehrere Generationen zusammen leben.

Noch immer ist es der Wunsch vieler junger Menschen zu heiraten und eine Familie zu gründen. Daneben gibt es aber viele andere Lebensformen von Alleinerziehenden und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, von so genannten Patchwork-Familien bis zu generationenübergreifenden Wohngemeinschaften. Alles das ist Familie.

2. Keine Form des Zusammenlebens, keine Form für andere Verantwortung zu übernehmen darf bevorzugt oder benachteiligt werden.

Immer noch ist das traditionelle Familienbild der Einverdiener-Ehe die Folie, auf der das deutsche Rechts-, Steuer- und Sozialsystem beruht. Das Ehegatten-Splitting steht dafür beispielhaft. Alleinerziehende hingegen haben es doppelt schwer.

3. These: Familienpolitik ist nicht die Magd der Bevölkerungspolitik.

Lange Zeit war Familienpolitik ein Thema am Rande der Diskussionen um die demographische Entwicklung. Dabei stand die Frage der Steigerung der Geburtenrate im Mittelpunkt. Eine emanzipatorische und an den realen Bedürfnissen von Kindern, Frauen und Männern ansetzende Familienpolitik ist aus diesem Ansatz nicht abzuleiten.

4. These: Der eigentliche Skandal ist, dass viele Kinderwünsche unerfüllt bleiben.

Politik hat nicht zu entscheiden in welcher Form Menschen zusammenleben. Die Entscheidung ob und wie viele Kinder jemand haben möchte, ist eine private. Aber darauf, dass viele Kinderwünsche aufgrund negativer ökonomisch-sozialer Konsequenzen, aufgrund der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf sowie aufgrund nicht realisierter Gleichstellung der Geschlechter unerfüllt bleiben, muss Politik mutiger, umfassender und schneller reagieren.

5. These: Gleichstellung unterstützt die Entscheidung für ein oder mehrere Kinder.

Während die CDU bei der Modernisierung ihres Frauen- und Familienbildes weiterhin bei Rita Süßmuth im 20. Jahrhundert losläuft und bei Eva Hermann im 19. Jahrhundert ankommt, ist empirisch belegt, dass dort, wo keine Gleichstellung herrscht auch weniger Kinder zur Welt kommen. Das Ziel der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten war die emanzipierte Gesellschaft und nicht die Steigerung der Geburtenrate. Das Ergebnis: Eine hohe Geburtenrate.

6. These: „Rabenmütter“ sind eine deutsche Erfindung. In Fragen der Emanzipation von Frauen hinkt Deutschland hinterher.

Ganztagsschulen und Betreuung von Kleinkindern sind in anderen europäischen Ländern seit Jahren Standard. Die Erwerbsquote von Frauen in Deutschland ist im europäischen Vergleich Mittelmaß. Es muss endlich auch in Deutschland normal sein, dass arbeitende Frauen Kinder haben und haben können.

7. These: Der Ausbau von Bildung und Betreuung dient nicht allein der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

In kaum einem anderen Land ist der Bildungserfolg eines Kindes so abhängig vom Elternhaus, wie in Deutschland. Der Effekt elterlicher Sozialvererbung ist nicht nur in den Wohlfahrtsstaaten am geringsten, sondern vor allem dort, wo seit Jahrzehnten auf die allgemeine, qualitativ hochwertige Versorgung mit Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Vorschulalter gesetzt wird. In Dänemark ist der Status der väterlichen Ausbildung heute irrelevant für die Sekundarschulleistung.

8. These: Die Ausgestaltung der Erwerbsarbeit ist ein familienpolitisches Thema.

Selbstbestimmte Flexibilität und kürzere und zuverlässige Arbeitszeiten sind genauso Familienpolitik wie dafür zu sorgen, dass Menschen von ihrer Erwerbsarbeit auch leben und Familien ernähren können.

9. These: Familienpolitik muss helfen, den Teufelskreis zwischen Armut, Mangel an Bildung und wieder Armut zu durchbrechen.

Kinder sind heute das Armutsrisiko Nummer eins – vor allem für Frauen. Armut hat nicht nur Auswirkungen auf die Lebens- und Bildungschancen eines Kindes. Armut ist belastend und zerrüttet Familien, sie führt zu Perspektivlosigkeit, Depression und Gewalt. Armutsbekämpfung heißt, Verantwortung für Kinder und damit Verantwortung für unsere Zukunft zu übernehmen.

10. These: Familienpolitik muss von allen Ebenen und in allen Ressorts unterstützt werden.

Oft wird die Verantwortung für Familienpolitik zwischen den verschiedenen Ebenen Bund, Ländern und Kommunen verschoben, wobei die Kommunen die meiste Last zu tragen haben. Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe und eine Ebene allein wird nicht in der Lage sein, die große familienpolitische Aufholjagd zu gewinnen. Deshalb muss Familienpolitik von allen politischen Ebenen gemeinsam getragen werden.